



Jana Schimke

Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

☎ (030) 22 77 35 50

☎ (030) 22 77 65 50

@ jana.schimke@bundestag.de

🌐 www.jana-schimke.de

Plenarsitzung am 20. Oktober 2022

**Rede
der Abgeordneten
Jana Schimke (CDU)**

Zu
TOP 24

Zweite und Dritte Beratung der Fraktion DIE
LINKE eingebrachten Gesetzes zur Sicherung
der Zahlungsfähigkeit der gesetzlichen
Rentenversicherung (RV-
Mindestrücklagengesetz)
Drs. 20/2695

- Zu Protokoll -

Sehr geehrte/r Frau/Herr Präsident/in,
meine Damen und Herren,

wir beraten heute abschließend einen Antrag der Fraktion DIE LINKE, welcher auf ein wichtiges Problem in der gesetzlichen Rentenversicherung hinweist, jedoch in seiner Lösung die Zeichen der Zeit verkennt.

Unser Land steht vor einer Rezession.

Die Unternehmer wissen nicht, ob sie diesen Winter überleben werden. Arbeitnehmer sorgen sich um ihren Arbeitsplatz. Und unsere Gesellschaft ist mit steigenden Preisen konfrontiert.

In dieser Zeit muss jede sozialpolitische Maßnahme wohlüberlegt und auf den Prüfstand gestellt werden.

Aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung gestaltete sich Sozialpolitik in der Vergangenheit anders.

Doch diese Zeiten sind vorbei.

Die Rücklagen in den Sozialkassen schmelzen dahin und zur Deckung wachsender Ausgaben steigen die Beiträge.

Der Beitrag zur Pflege ist bereits auf 0,3% gestiegen. Die Beiträge für die Krankenkassen werden um 0,3% und der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung um 0,2% steigen.

Bereits ab 2023 werden Arbeitgeber und Arbeitnehmer mehr als 40% Sozialbeiträge zahlen müssen.

Der vorliegende Vorschlag der Linken würde noch einen drauf setzen und den Rentenversicherungsbeitrag in 2024 von jetzt 18,6 auf 19,7% ansteigen lassen.

Meine Damen und Herren,
jede Anhebung des Beitragssatzes entzieht Arbeitgebern und Arbeitnehmern das dringend erforderliche Geld, um die steigenden Kosten zu finanzieren. Dies ist nicht vertretbar und

kann Jobs kosten und den letzten Sargnagel für viele Unternehmen bedeuten.

Natürlich hat die Corona-Pandemie die Rücklagen in der gesetzlichen Rentenversicherung von einst 1,9 Monatsausgaben auf die Mindestgrenze von 0,2 Monatsausgaben abgeschmolzen.

Doch ist dieser Vorschlag das angemessenste Mittel?

Meine Damen und Herren,
Vorschläge wie dieser sind Kosmetik und lösen nicht das demografische Dilemma in der Altersvorsorge.
Auch ohne diesen Antrag wird der Rentenversicherungsbeitrag unaufhaltsam steigen.

Wir alle kennen die Zahlen aus dem letzten Rentenversicherungsbericht.
Bis 2035 wird der Beitragssatz auf 22,4% steigen.

Und immer weniger Beitragszahler stehen einer wachsenden Zahl von Beziehern gegenüber. Auch die jetzige Bundesregierung weiß dies.

Doch ein Bemühen diese Dynamik aufzuhalten, fehlt bei der Ampel.

Von den wenigen Ideen im Koalitionsvertrag, der sog. Fortschrittskoalition, ist bisher nichts diskutiert.

Weder eine Reform der privaten Altersvorsorge oder die Weiterentwicklung der betrieblichen Altersvorsorge, noch der geplante Kapitalstock in der Rentenversicherung sind in Sicht.
Machen sie Ihre Hausaufgaben und legen sie was vor, was wirklich hilft.

Vielen Dank